

Statements zum Start der EU-Ratspräsidentschaft Tschechiens

01.07.2022, Berlin

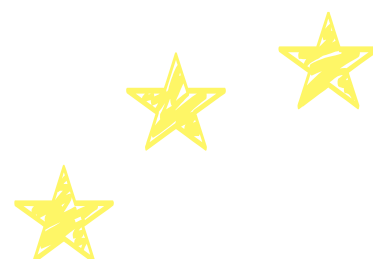
[Dr. Funda Tekin](#), Direktorin, Expertise: Institutionelle Reformen der EU, Differenzierte Integration, EU-Erweiterung

Vor dem Hintergrund von Ukrainekrieg und essentiellen Fragen der Europäischen Energie- und Sicherheitspolitik, sollte die tschechische Ratspräsidentschaft versuchen: die Frage der qualifizierten Mehrheitsentscheidung voranzutreiben, Blockadehaltungen einzelner Mitgliedstaaten zu vermeiden und innerhalb der EU eine Mittlerrolle zwischen Ost und West einzunehmen.

Krisen haben den jeweiligen Fokus für die letzten EU-Ratspräsidentschaften vorgegeben. Deutschlands Präsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2020 ging als „Corona-Präsidentschaft“ in die Geschichte ein, da nicht nur das Programm und die Themen aufgrund der COVID-19 Pandemie kurzfristig neu definiert, sondern auch die Arbeitsweise des Rates in den virtuellen Raum verlagert werden musste. Gleich zu Beginn der französischen Ratspräsidentschaft eröffnete Russland am 24. Februar 2022 den Krieg gegen die Ukraine. Somit ist die Vision einer ‚Europäischen Politischen Gemeinschaft‘, welche Emmanuel Macron zum Abschluss der Präsidentschaft prägte, weniger mit der Konferenz zur Zukunft Europas in Verbindung zu bringen als mit einer Neuausrichtung der Erweiterungspolitik.

Die tschechische Regierung, die zum 01. Juli 2022 die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt, hat nun mehrere Herausforderungen: Sie muss sowohl die von Olaf Scholz propagierte und vom russischen Angriffskrieg ausgelöste „Zeitenwende“ als auch die Vision der Europäischen Politischen Gemeinschaft weiter mit politischen Inhalten füllen. Selbiges gilt für die Reformideen für die EU, die im Zuge der Zukunftskonferenz im vergangenen Jahr entstanden sind.

Die Prioritäten der Präsidentschaft reichen vom Wiederaufbau der Ukraine und Management der Geflüchteten über essentielle Fragen der Energiesicherheit und Stärkung der Europäischen Verteidigungskapazitäten bis hin zur strategischen Resilienz der europäischen Wirtschaft und demokratischer Institutionen. Dabei ist bereits jetzt klar, dass innerhalb von sechs Monaten keine Durchbrüche in all diesen Themenfeldern erwartbar sind. Daher sollte sich die EU-Ratspräsidentschaft in den folgenden Monaten erstens darauf konzentrieren, den Reformmoment der Zukunftskonferenz für die Zeitenwende zu nutzen und hier vor allem die Frage der qualifizierten Mehrheitsentscheidung anzugehen. Denn zweitens ist es gerade in dieser Zeit wichtig, Blockadehaltungen durch vereinzelte Mitgliedstaaten zu vermeiden. Keine ganz leichte Aufgabe, da nationale Interessen nun wieder verstärkt solidarisches Handeln der Mitgliedstaaten überlagern. Drittens sollte die tschechische Ratspräsidentschaft versuchen, Kapital aus ihrer geografischen Position zu schlagen und sowohl im Hinblick auf die östliche Nachbarschaft als auch die Ost-West-Kluft innerhalb der EU zu vermitteln.



Kontakt:

Funda Tekin
E funda.tekin@iep-berlin.de
T +49 (0)30 88 91 34 0

Julia Winter (Pressereferentin)
E julia.winter@iep-berlin.de
T +49 (0)30 88 91 34 85

Über das IEP:

Das Institut für Europäische Politik (IEP) ist eine gemeinnützige, überparteiliche Organisation, die sich mit der europäischen Integration beschäftigt. Das Berliner Institut zählt zu den führenden außen- und europapolitischen Forschungseinrichtungen der Bundesrepublik Deutschland.

Die Mitarbeitenden arbeiten national und transnational an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik, Verwaltung und politischer Bildung. Ihre Aufgabe ist es, Themen europäischer Politik und Integration wissenschaftlich zu untersuchen, um dann die praktische Anwendung der Untersuchungsergebnisse zu fördern.

Das IEP bietet ein bürger:innennahes, europäisches und interdisziplinäres Forum sowie eine Plattform für europapolitische Debatten von Expert:innen.

